

Mittwoch den 26. September 1917

Dresdner Volkszeitung

Der Betriebs- und Arbeitsweise sowie der technischen Einrichtungen erforderte. Zugleich hat die Staatsverwaltung, geprägt durch die wirtschaftliche Notlage, sich genötigt, in das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte einzutreten und Anteilen beim sozialistischen Organisationsprinzip zu machen; den Lebensmittel- und Rohstoffverbrauch zu rationieren sowie Reglementierungen der Warenherzeugung und des Warenaudels vorzunehmen.

Die heutige Wirtschaft ist dennoch eine auf den Kriegsbedarf eingestellte anomale Wirtschaft; eine Anpassung an den Kriegszustand. Daraus ergibt sich, daß nach dem Kriege eine erneute Umstellung nötig ist. Die Rückkehr zur Friedenswirtschaft. Diese Wiederumstellung kann nicht privatinitiativ erfolgen. Die private Initiative überläßt bleiben; denn Anteil und Regulator der Privatwirtschaft ist der Profit, nicht der Nutzen der Gesamtwirtschaft und der großen Volkswirtschaft. Gernade im Interesse der schwächeren und ärmeren Volksschichten liegt es, daß dem Übergang zur Friedenswirtschaft der Weg geebnet wird, das heißt der Übergang planmäßig ohne tiefe Erhöhung des ganzen Erwerbslebens erfolgt.

Übergangswirtschaft.

Unter den verschiedenen Einzelproblemen der Kriegswirtschaft ist vielleicht das wichtigste, die genügende Versorgung von Rohstoffen, denn infolge des langen Krieges ist der Rohstoffvorrat Deutschlands sehr zusammengeschmolzen. Ohne Rohstoffe kann aber die deutsche Industrie ihren früheren Betrieb nicht wieder aufnehmen und wieder den Inlandsmarkt versorgen, noch die während des Krieges verlorengewordene Abbaumärkte wieder gewinnen. Die Heranbildung der Rohstoffe ist jedoch um so schwieriger, als sich auf dem ausländischen Rohstoffmarktes während des Kriegszyklus mannißche Verschiebungen vollzogen haben. Es haben sich keineswegs, wie oft angenommen wird, auf den großen Stapelplätzen bedeutende Rohstoffmengen angehäuft, und jenseit solcher Vorräte vorhanden sind, befinden sie sich meist in Handelsbanken. Vorausgesetzt hat England einen großen Teil der wichtigsten Rohstoffvorräte in seinen Kolonien aufgekauft und ausstapeln lassen. Demnach ist nach Friedensschluß mit einer großen Nachfrage auf dem Rohstoffmarkt, mit Preistreibereien und Spekulationen sogenannter Händleringe zu rechnen, denen nur durch organisierten Einsatz begegnet werden kann.

Ähnlich steht es mit der Lebensmittelzufuhr nach dem Kriege. Auch im neutralen Auslande hat der Weltkrieg die Preise vieler Lebensmittel stark in die Höhe getrieben; eine Massenausfuhr aus den neutralen Staaten würde daher, falls sie nicht von den betreffenden Regierungen verboten würde, weitere Preistreibereien, und sowohl Deutschland in Betracht kommt, eine weitere Entwertung der Währung, also eine noch höhere Verminderung der Kaufkraft unseres Geldes, noch hinzugeben.

Zugleich gilt es, den jewigen Zustand der deutschen Wirtschaft durch Förderung der Ausfuhr solcher Artikel, die auf den Auslandsmärkten nach dem Kriege sehr begeht, sein zu erhalten und die Deutschland im Überfluß zu erzeugen, vermag, möglichst bald zu befriedigen. Finanztechnische Maßnahmen allein genügen nicht. Soviel wird sich, sobald Deutschland nach dem Kriege wieder auf breiterer Basis mit dem Auslande in Handelsbeziehungen treten kann und sein Wachstums nicht mehr bloß an einigen nebenstehenden Seiten, sondern wieder an den Weltmärkten gemessen wird, von selbst eine allmäßliche Gelindung einstellen; aber ihr kann und muß durch eine geschickte Regulierung der Handelsabfertigung nachholen werden.

Eine der ersten Vorbereidungen für solche Wiederherstellung des deutschen Wirtschaftsvermögens ist die aufrichtende Leistungsfähigkeit der deutschen Handelsflotte. Die starke Nachfrage nach Waren aller Art, die nach dem Kriege eingeschlagen wird, erfordert auch einen größeren Schiffskreis. Tatsächlich wird aber nach dem Kriege die Welthandelsflotte viel weniger leistungsfähiger sein, als vorher. Besonders gilt das von der deutschen Handelsmarine, die im Kriege über zwei Millionen Bruttotonnen verloren hat, während über eine Million Tonnen in feindlichen Untergängen gefunden haben, die meist erst nach gründlichen Reparaturen wieder in die Fahrt eingestellt werden können.

Im Arbeitskräfte für den wirtschaftlichen Wiederaufbau wird es, sobald die zur Fahne Einberufenen wieder in die Heimat zurückkehren, nicht fehlen. Weit eher ist, da sich zunächst die Industrie erst wieder den veränderten Produktionsbedingungen anpassen muß, und es vorerst noch an Rechtsformen fehlen wird, eine Überfüllung des Arbeitsmarktes. Rohstoffknappheit und in manchen jetzt drohenden Industrie- und Handelskrisen eine starke Arbeitslosigkeit an befürchten — ein Zustand, der um so trauriger für die Arbeiterschaft sein würde, als voraussichtlich ohnehin die Löhne schneller fallen werden, als die Preise mancher notwendigen Lebensmittel. Daher muß auch die Unterbringung der Arbeiter in passenden Arbeitsstellen planmäßig durchgeführt werden.

Aus hierer Notwendigkeit einer allmäßlichen, organisierten Überleitung der jetzigen Kriegswirtschaft in die aufrichtende Friedenswirtschaft ergeben sich für die sozialdemokratische Arbeiterschaft folgende, in meinem Vortragreferat näher erläuterte und begründete

Forderungen:

1. Planmäßiger Einkauf, Einfuhr und Verteilung der fremden Rohstoffe durch sozialistische Rohstoffkontroll- und Vertriebsstellen unter staatlicher Aufsicht. Herstellung von Einfuhrzolltarif und Regelung der Verteilung bis auf die den betreffenden Rohstoff bearbeitenden Fabriken.

2. Gernade muß die Einfuhr der Rahmenmittel, der Autotransport und der fremden Fabrikate geregelt und unter staatlicher Aufsicht stehende sozialistische Einfuhr-, Transport- und Vertriebsstellen unter staatlicher Aufsicht. Herstellung von Einfuhrzolltarif und Regelung der Verteilung bis auf die den betreffenden Rohstoff bearbeitenden Fabriken.

3. Zur Bebung der deutschen Wirtschaft ist nach dem Kriege die Ausfuhr von deutschen Rohstoffen möglichst zu fördern. Außerdem sollten die deutschen Güthen im Auslande flüssig gemacht, in deutschen Händen befähigte fremde Wertpapiere nach dem Auslande abgetauscht und somit das zu eindernischen guten Bedingungen möglichst hin sollte, kurzfristige Anleihen an den fremden Hauptbankhäusern aufgenommen werden.

4. Zur Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte sind unter bestimmten Bedingungen, die dem Staat eine Minderung über Gewinnzonen, Zollung und Befreiung schenken und dem Wirtschafts-

lichen Volkswirtschaft genügende Garantien bieten, den Reedereien aus Reichsmitteln Entschädigungen zu zahlen und Schiffbaubarlehen vorzustreben.

Am besten wäre die Vereinigung aller großen Schiffsahrsunternehmungen zu einem unter Staatsaufsicht stehenden Syndikat, da die Regierung in diesem Falle nicht nur übertriebenen Frachtfestsetzungen hemmend entgegenwirken, sondern auch eine gewisse Gewinnbeteiligung des Staates durchzuhalten vermöchte.

b) Die zur Fahne Einberufenen Arbeiter und Angestellten dürfen nach Friedensschluß nicht nach rein militärischen Gesichtspunkten ohne Rücksicht auf die Lage des Industrie- und Arbeitsmarktes entlassen werden. Durch driliche und provinziale, unter Zeitung, Staats- und Arbeitszentralen stehende Wirtschafts- oder Arbeitsämter, zu denen sowohl Vertreter der Unternehmer- als der Arbeiterorganisationen hinzugezogen werden, ist festzustellen, welche und wieviel Arbeitskräfte in den einzelnen Industriezweigen gebraucht werden. Diese Amter haben auch die Arbeitsvermittlung zu übernehmen und sich mit den Militärbürokraten über die Entlassungen zu verständigen. Die Arbeiter, die in Privatbetrieben kein Unternehmen finden, sind vorläufig mit ihrem Arbeitsvermögen mit angemessenen Staats- und Gemeindearbeiten zu beschäftigen.

c) Die deutsche Arbeiterschaft fordert, sowohl im Beirat des Reichskommissariats für Übergangswirtschaft, als auch in den staatlichen Zeitungs- und Aufschlagsentralen eine entsprechende Vertretung, und zwar nicht nur informell, als reine Arbeiterfragen im Beirat kommen, sondern was die ganze organisatorische Wiederumstellung des Wirtschaftsgebietes angeht.

Herner daß die Durchführung der Übergangswirtschaft nach dem Auftragen der am 4. August 1914 dem Bundesrat erteilten Kriegsvollmachten nicht den Güntzen des Bundesrats und der Militärdiktatur überlassen werden; es müssen vielmehr für die geforderten Unterlagen geschaffen, d. h. gesetzlich bestimmte Einrichtungen getroffen und für diese Verhältnisseversichten festgelegt werden.

Monopol-, Handels- und Zollfragen.

Ist auch die planmäßige Überleitung der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft zunächst das dringendste Problem unserer Wirtschaftspolitik, so ergeben sich doch schon für die nächste Zeit aus der veränderten Wirtschaftslage noch verschiedene andere schwierige Aufgaben; denn während einerseits viele Industriezweige während des Krieges eine bedeutende technische Entwicklung erfahren und eine Schulung in der modernen Massenfabrikation durchgemacht haben, haben andererseits die Konzentrations- und Kartellierungsbestrebungen neue Anlässe erhalten. Und mächtiger noch als in der Industrie wird vorwiegendlich die Konzentrations- und Monopolisierungstendenz im deutschen Bankgewerbe erweitert, sobald nach dem Kriege das Deutsche Reich wie die Einzelstaaten und Gemeinden sich zur Aufnahme größerer Anteile gezwungen sehen werden und zugleich Industrie, Handel und Transportgewerbe zum Zweck des wirtschaftlichen Wiederaufbaues ihre Anprüche an das Bankgewerbe stellen.

Zudem erfährt der Außenhandel eine starke Umgestaltung. Durch den Weltkrieg hat Deutschland eine ganze Reihe seiner fremden Absatzmärkte verloren.

Sie zurückzugewinnen, wird vielfach sehr schwer fallen, da inzwischen die ausländische Konkurrenz sich dort festgesetzt hat. Ueberdies kann es heute bereits als ziemlich sicher gelten, daß mit dem formellen Friedensschluß der Wirtschaftskrieg mit England und seinen Kolonien nicht aufhören wird, vielleicht auch nicht mit den Vereinigten Staaten von Amerika und mit Frankreich, mögen auch in die Friedensvereinbarungen allerlei schöne Handelszuschriftenungen aufgenommen werden. In England ist die seit Jahrzehnten geplante „Imperial Federation“, die Vereinigung des englischen Mutterlandes mit seinen selbständigen Kolonien zu einer Art Reichswirtschafts- und Zollverband im Werden begriffen und wird höchstwahrscheinlich bald nach Friedensschluß zustandekommen.

Aus dieser Wirtschaftsumwälzung ergeben sich verschiedene weitere Forderungen:

für die deutsche Sozialdemokratie, von denen hier als die wichtigsten zu nennen sind:

1. Überführung der verbotenen Industriemonopole in Staatsmonopole, vornehmlich des gesamten Bergbaus, der Kohlen- und Rohstoffproduktion sowie der Rüstungsindustrie.

2. Erweiterung der Staatsaufsicht über die Banken. Errichtung von staatlichen Bankkommissariaten. Weitere Ausdehnung der Reichsbank und Vermehrung ihres Einflusses auf das private Bankgewerbe.

3. Abschaffung von Handels- und Zollverträgen mit Ost-, reichs-Ungarn, Bulgarien und der Türkei, in denen die vier Verbündeten sich gegenseitig besondere Handels- und Zollvorrechte zusichern.

4. Abschaffung sämtlicher Handelsverträge mit Russland und Rumänien, beim Friedensschluß, die diese beiden Mächte dem mittleren europäischen Wirtschaftskomplex anliefern.

5. Als Voraussetzung für die Herstellung solcher Handelsbeziehungen eine Aenderung der bisherigen deutschen Zollpolitik, welche die Abschaffung des deutschen Inlandsmarktes durch hohe Lebensmittelzölle befehlte, zumal ohnehin der Preisstand von höheren Einfuhrzöllen sich nach Jahre hindurch auf eine außergewöhnliche Höhe halten wird.

Um Aufgaben, Arbeit und Kampf wird es dennoch in der kommenden neuen Wirtschaftsära nicht fehlen. Aber ohne Kampf kein Fortschritt. Die deutsche Sozialdemokratie muß heraus aus ihrer nur zu oft fast rein negativen Haltung, ihrem Hängen an alten durch die Entwicklung überholt Illusionen und Formeln, heraus zu realpolitischer Mitarbeit am Wiederaufbau des Verstörten auf besseren wirtschaftlichen Grundlagen und in besseren Formen! Die Arbeit, die gefordert wird, ist Vorbereitungssarbeit für eine fröhre, gesicherte Zukunft.

Benedikt's weitere Friedensbemühungen.

Das Berl. Tagebl. meldet aus Lugano: Wie die Agenzia Centrale meldet, äußerte Papst Benedikt zu Papalaten, daß die Antwort der Mittelmächte, besonders Österreich-Ungarns, immerhin einige Hoffnung lasse und daß er seine Friedensmission bis zum Ende zu führen gedenke. Im Vatikan erwarte man weiter, daß nunmehr auch die Ententemächte auf die Papinote antworten werden, womöglich vielleicht nur um Verhandlungen abzulehnen. Der Papst werde sich dadurch nicht entmutigen lassen, und wenn schon von einer neuen Note vorerst keine Stede sein könne, würde er eine Reihe diplomatischer Särfitte und Befreiungen einleiten, um eine erste Basis für die Verhandlungen zu schaffen.

Das Amsterdamer Meldung berichtet, die spanische Gejandtschaft in London folgende Erklärung: „Obwohl Spanien die edlen Beweggründe des Papstes hoch schätzt, ist es nicht imstande zu beurteilen, ob die Kriegsführer-

den in den päpstlichen Vorschlägen eine geeignete Basis für die Lösung des Konflikts finden. Deshalb erachtet es Spanien nicht für möglich, sich diesen Vorschlägen anzuschließen.“

Die getilgte Aufnahme der deutschen Note in Rom.

zu Rom, 25. September. (Eigene Meldung.) Der Secolo verfaßt den Unterschied zwischen der freudigen Annahme der Antwort der Mittelmächte auf die Papinote im Vatikan und der reizvollen Haltung der Diplomatie zu erklären. Der Offizielle Romano gibt an, daß ein Zusammenschluß der Nationen zwischen Rom und Vatikan diplomatisch vorbereitet sei. Die Haltung des Papstes war vielleicht von dem Bunde dictiert, der Antwort des Ententemächten vorgelegen. Der Offizielle Secolo findet das deutsch-schweizerische Schriftsteller Romano, ausdrücklich bestreitet, daß seine Meinung über Belgien-Schweiz merkwürdig. Giornale di Difesa in letzterer spricht an, ob das deutsche Volk denn nicht stehen wolle, daß seine Regierenden die Schuldigen im Kriege seien.

Französische Verantwortlichkeit.

Bern, 25. September. Die französische Presse spricht in ihren Führungen über die Antworten des Mittelmächte als neuen von einem Münster, einer Falle, einem Hinterhalt, als Letzter Journal erklärt, die Notes seien ein neuer Gewissensdienst, der Mittelmächte das Licht schenken. Augaro sagt: Deutschland soll nicht nur durch eine Niederlage gebrandet werden. Denkbar ist, daß die Wiederaufnahme der Dienstzeitungen zwischen Rom und Vatikan diplomatisch vorbereitet sei. Die Haltung des Papstes war vielleicht von dem Bunde dictiert, der Antwort des Ententemächten vorgelegen. Der Offizielle Secolo findet das deutsch-schweizerische Schriftsteller Romano, ausdrücklich bestreitet, daß seine Meinung über Belgien-Schweiz merkwürdig. Giornale di Difesa in letzterer spricht an, ob das deutsche Volk denn nicht stehen wolle, daß seine Regierenden die Schuldigen im Kriege seien.

Venedig, 25. September. Die Vatikan Nachrichten melden aus Paris: In informierten politischen Kreisen verliefen man, daß die Friedensvorschläge, die der deutsche Reichsdiplomat am 27. September erwähnt wurde, seit Anfang September in Paris offiziell bekannt seien. Man betrachtet sie dort als Gesetzesbasis und schreibt ihnen einen ganz anderen Wert zu, da die Kräfte von Ghiaia-Vorbringen und des Trentino darin offengelassen werden.

Englische Politiker gegen die deutsche Papinote.

zu Amsterdam, 25. September. Aus London wird berichtet, daß englische Politiker und Staatsmänner demnächst die Note der Generalräte an den Papst in Versammlungen beantworten werden, die von der Vereinigung für nationale Kriegshilfe zusammenberufen sind. Zuerst spricht Edouard am Donnerstag in London, in der nächsten Woche Sonar Law in Manchester.

Neue U-Bootserfolge.

Berlin, 25. September. (Amtlich.) Neue U-Boots-erfolge im Amerikanischen und Atlantischen Ozean: 2 Dampfer, 4 Segler, ein Fischerschiff, und zwar ein sehr großer Wassermann, durch Erfolge gesetzter, ferner der französische Dampfer Alesia (5144 Tonnen) und die englischen Segler Theodore, Francis, Emma, Beaufort sowie das französische Fischerschiff H. R. 1963.

Luftangriff auf England.

Berlin, 26. September. (Amtlich.) Im Nord vom 24. zum 25. September hat ein starkes Marinestaffelgeschwader mit ähnlich geringem Erfolg bestellte Flächen und militärische und Industrieanlagen am Humber sowie in den Gebieten zwischen Scarborough und Boston angegriffen. Zahlreiche Gebäude sowie einfliegende Gebäude wurden bombardiert. Zu dem Geschwader, das unter der bekannten Führung des Norddeutschlands Straffer stand, gehörten auch die in mancher Landesfahrt bewährten Luftschiffabordnungen Martin Dietrich, Hauptmann Manger, Kapitänleutnant Ehrlisch, Kapitänleutnant d. R. Broehl und Kapitänleutnant Stabsber. Alle Luftschiffe sind trotz heimlicher Gegenseitigkeit durch Land- und Seestreitkräfte ohne Schaden und ohne Verlust zerstört.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

London, 25. September. Reuter meldet amtlich: Der Abwehrgruppenchef vertrieb die Gruppe der angreifenden Flugzeuge, die sich gestern abend London näherte. Nur eins, möglicherweise zwei Flugzeuge drangen durch die Abwehrlinie. Nach den bisherigen Melbungen wurden 15 Personen getötet und 28 verwundet. Das Geschwader ist unbedeutend.

London, 25. September. (Reuter-Meldung.) Gestern abend flogen feindliche Flieger über einen Teil der Stadt und waren Bomber ab. Als Warnungssignale erlangten, waren die Soldaten voller Furcht. Es entstand eine allgemeine Flucht nach Süden. Viele Menschen flüchteten in die Stationen des Untergrundes, die gedrängt voll waren. Als die Angreifer erschienen, rannten die Straßen so gut wie verlassen und der Verkehr eingestellt. Diesen Umstand ist es augenscheinlich, daß die Zahl der Opfer gering war. Die Angreifer flogen sehr hoch, daß man sie nicht sehen und nur die Lichtstrahlen wahrnehmen konnte, die in allen Richtungen bewegten. Es wurden offenbar auch Puffgranaten geliefert. Der Feind kam ancheinend aus Süden und bewegte sich in nordwestlicher Richtung. Das Geschwader dauerte ununterbrochen 1½ Stunden.

Das Programm Seiblers.

Wien, 25. September. Das Abgeordnetenhaus ist heute wieder konstituiert. Ministerpräsident Dr. a. Seibler führte aus, daß Kabinett strebe in seiner heutigen Zusammensetzung nicht bloß die Fortführung der augenblicklichen Staatsbedürfnisse an, sondern sich gleichzeitig bemühe, dem großen Werk des wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Wiederaufbaues des österreichischen Vaterlandes die Wege zu ebnen. Das Programm der Regierung sei in erster Linie ein soziales und wirtschaftlich politisch geprägt. Der Ministerpräsident hofft, daß ein Gesetzesentwurf über Sozialversicherung möglichst der verlaßungswürdigen Gewerkschaften gegeben werden soll. Als brennendste Frage betrachte die Regierung das Problem der Nahrungsernährung, wie überhaupt die öffentliche Versorgung mit Bedarfsgütern. Die Regierung habe ferner gewünscht, daß der erprobte Gedanke der unauffälligen Verteilung gemeinschaft mit Ungarn auch in wirtschaftlicher Hinsicht in neuem Maße zur Geltung gelange. Zustimmung und Billigung des Erziehungsministeriums sei bereits angeboten. Zu den nächstliegenden Wahlen gehörte auch die Wahl der Delegationen. Der Ministerpräsident hofft, ferner Schritte zur möglichsten Vorbereitung der Wahlkampfzeit zu unternehmen, was die in den Gewässern der Monarchie beschäftigten reichen Schiffe und marine Kraft der Industrie, dem Gewerbe, dem Handels-